



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM
PRESSESTELLE DER LANDESREGIERUNG

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 21/2023

7. März 2023

Auswahlverfahren erfolgreich abgeschlossen: Land baut Forschungsstelle Rechtsextremismus an Eberhard Karls Universität Tübingen auf

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Mit Forschungsstelle Demokratie schützen und Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken

Wissenschaftsministerin Petra Olschowski: Erste institutionell verankerte Forschungsstelle Rechtsextremismus ist innovativ und bundesweit einmalig

Professor Gideon Botsch: Richtungweisender Weg – großzügige Ausstattung der Forschungsstelle verspricht Impulse, die weit über Baden-Württemberg hinausweisen

Die Entscheidung ist gefallen: Das Land Baden-Württemberg baut eine Forschungsstelle Rechtsextremismus an der Eberhard Karls Universität Tübingen auf. Deren Einrichtung war eine zentrale Empfehlung aus dem zweiten NSU-Untersuchungsausschuss des baden-württembergischen Landtags, die auch im Koalitionsvertrag verankert wurde. Eine unabhängige Kommission aus renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hat sich einstimmig für das Konzept der Universität Tübingen ausgesprochen.

„Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus sind eine große Gefahr für unsere vielfältige demokratische Gesellschaft. Es braucht deshalb einen wachen Blick

und einen breiten Diskurs über die Gefährdungen unserer Demokratie. Das kann nur mit einem umfassenden Ansatz gelingen. Der Wissenschaft kommt hier eine zentrale Rolle zu: Wir sind auf ihre Analyse und Empfehlungen angewiesen, um diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung anzugehen. Unser Ziel ist es, mit der Forschungsstelle Rechtsextremismus Erkenntnisse zu gewinnen, die Demokratie zu schützen und dadurch auch den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann am Dienstag (7. März 2023) in Stuttgart.

Wissenschaftsministerin Petra Olschowski betonte: „Mit dem Aufbau einer universitären Forschungsstelle geht das Land einen weiteren bedeutenden Schritt und verstärkt seine Strategie im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Die Exzellenzuniversität Tübingen ist ein idealer Standort für die Forschungsstelle Rechtsextremismus.“

Innovativer Ansatz und dauerhafte, systematische Forschung

Mit der ersten politikwissenschaftlichen Professur zur Rechtsextremismusforschung in Deutschland wähle Baden-Württemberg nicht nur einen innovativen Ansatz, so Olschowski und weiter: „Mit der bundesweit ersten institutionell verankerten Forschungsstelle Rechtsextremismus stellen wir zugleich sicher, dass das Thema Rechtsextremismus dauerhaft und systematisch erforscht und bearbeitet wird. Wir leisten damit einen Beitrag zur aktiven Verteidigung unserer Demokratie.“ Das Land wird für die neue Forschungsstelle bis zu 1,2 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stellen.

Die mit drei W3-Professuren ausgestattete Forschungsstelle wird die landesspezifischen Rahmenbedingungen und Forschungsbedarfe in den Blick nehmen. Sie wird mit bestehenden Strukturen der Extremismusprävention und Rechtsextremismusforschung innerhalb des Landes, aber auch darüber hinaus kooperieren. Dabei wird die Forschungsstelle lokale, nationale und internationale Kooperationen und Netzwerke aufbauen und stärken. „Unser Ziel ist der Auf- und Ausbau herausragender wissenschaftlicher Expertise im Land: langfristig, strukturiert und vernetzt – lokal, national und international“, betonte die Ministerin.

Die voraussichtlich zweijährige Aufbauphase der Forschungsstelle soll bereits im April 2023 beginnen. Die Universität Tübingen wird die drei W3-Professuren baldmöglichst zur Besetzung ausschreiben. Bei einer der drei W3-Professuren

handelt es sich um die erste dauerhafte politikwissenschaftliche Professur zur Rechtsextremismusforschung in Deutschland.

Transfer in die Gesellschaft

Von großer Bedeutung für die Forschungsstelle wird die Wissenschaftskommunikation sein mit Blick auf den Transfer in die Gesellschaft. „Wir werden besonders wirksam in der Bekämpfung des Rechtsextremismus sein, wenn es gelingt, alle Akteure zusammenzubringen“, so Olschowski.

Die eingereichten Konzepte der baden-württembergischen Universitäten zum Aufbau und Betrieb einer Forschungsstelle Rechtsextremismus wurden von einer vom Wissenschaftsministerium bestellten unabhängigen Gutachterkommission bewertet. Diese wurde geleitet von Prof. Dr. Gideon Botsch, Leiter der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus des Moses Mendelssohn Zentrums an der Universität Potsdam.

Professor Botsch begrüßte die Einrichtung einer universitären Forschungsstelle, mit der Baden-Württemberg einen „richtungweisenden Weg“ gehe: „Die großzügige Ausstattung mit drei Professuren verspricht Impulse, die weit über das Bundesland hinausweisen.“

Vielversprechendes Konzept mit Stärkung wissenschaftlichen Nachwuchses

Die Universität Tübingen habe ein schlüssiges Konzept vorgestellt, mit dem Rechtsextremismus gesellschaftlich verortet und multidisziplinär beforscht werden könne, das aber auch offen sei für neue Probleme und Fragestellungen, sagte Professor Botsch. Der Aufbau als eigenes Institut und das geplante Forschungsprogramm hätten die Kommission überzeugt. „Vielversprechend ist auch die Verbindung von Forschung, Lehre und dem Austausch mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Hervorzuheben ist die Juniorprofessur für Antisemitismusforschung, die die Universität als Eigenleistung dauerhaft einbringen will“, so Botsch.

Ministerin Olschowski dankte der Kommission für ihre hervorragende Arbeit wie auch den Universitäten für die Teilnahme am Wettbewerb und die Erarbeitung der Konzepte. Die Ministerin hob hervor, dass die Professorinnen und Professo-

ren der Forschungsstelle Rechtsextremismus auch in der Lehre tätig sein werden. „So können sie den Studierenden ihre Forschungsergebnisse unmittelbar vermitteln.“

Forschungsstelle & Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Die Forschungsstelle wird die vom Wissenschaftsministerium im Jahr 2020 am Generallandesarchiv in Karlsruhe etablierte Dokumentationsstelle Rechtsextremismus ergänzen und mit dieser künftig eng zusammenarbeiten. „Forschungs- und Dokumentationsstelle werden bundesweite Strahlkraft und Stärke besonders in der Kooperation entwickeln“, unterstrich Ministerin Olschowski.

Mitglieder der Begutachtungskommission:

Name	Einrichtung	Funktion
Frau Prof.´in Dr. Ursula Birsl	Philipps-Universität Marburg	Leiterin des Fachgebiets Demokratieforschung mit den Schwerpunkten EU, Politische Systeme im europäischen Vergleich und BRD, Professorin für Politikwissenschaft
Herr apl. Prof. Dr. Gideon Botsch (Vorsitz)	Universität Potsdam, Moses Mendelssohn Zentrum (MMZ)	Leiter der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus (EJGF) am MMZ, Professor für Politikwissenschaft
Herr Prof. Dr. Oliver Decker	Universität Leipzig, Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI)	Direktor des EFBI für Demokratieforschung in Sachsen, Professor für Sozialpsychologie
Frau Prof.´in Dr. Michaela Köttig	Frankfurt University of Applied Sciences	Professorin für Grundlagen der Gesprächsführung, Kommunikation und Konfliktbewältigung
Frau Judith Rahner	Amadeu Antonio Stiftung	Rechtsextremismusprävention, Leiterin Fachstelle Gender, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus
Frau Prof.´in Dr. Diana Rieger	Ludwig-Maximilians-Universität München	Professorin für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung
Herr Prof. Dr. Dr. Georg Schuppener	Universität Leipzig und Jan-Evangelista-Purkyně-Universität in Ústí nad Labem	Professor für Germanistik
Herr Prof. Dr. Peter Wetzels	Universität Hamburg	Professor für Kriminologie
Herr Prof. Dr. Andreas Wirsching (stv. Vorsitz)	Leibniz Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ)	Direktor des IfZ, Professor für Zeitgeschichte